

Berlin-Brandenburgischer Hochschulraum

Diskussionsveranstaltung an der TFH Berlin mit der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Johanna Wanka aus Brandenburg

Am 10. Juli 2007 hatten die Landesverbände Berlin und Brandenburg des **hlb** zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Berliner Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung Prof. Dr. Jürgen Zöllner und der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Johanna Wanka (Brandenburg) geladen. Ca. 80 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer aus beiden Bundesländern waren der Einladung gefolgt. Herr Zöllner hatte leider sehr kurzfristig seine Teilnahme abgesagt. Frau Wanka nahm die Einladung an und begeisterte alle Anwesenden mit großer Sachkompetenz, freundlicher und gewinnender Ausstrahlung.

In ihren einführenden Worten hob Frau Wanka hervor, dass Brandenburg nach der Wende von allen neuen Bundesländern die schlechteste Hochschulausstattung hatte. Der dann erfolgte Aufbau sei in enger Abstimmung mit dem Land Berlin durchgeführt worden. Als Konsequenz habe Brandenburg z. B. keine Mediziner-Ausbildung und die TU Cottbus keine mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät. Sie betonte allerdings, dass es auch sinnvolle Doppelangebote gäbe.

Berlin und Brandenburg hätten unterschiedliche Ansätze zur Steuerung der Hochschulen. Berlin gehe den Weg der Hochschulverträge. Brandenburg sei überzeugt, dass eine Detailsteuerung durch die Ministeriumsverwaltung über solche Verträge nicht funktioniere.

Beide Länder seien in der Bachelor/Master-Umstellung sehr gut vorangekommen, wovon insbesondere die Fachhochschulen einen Nutzen hätten. Es gäbe in Brandenburg auch einige hochschultypübergreifende und auch länderübergreifende Kooperationen, z. B. hätten die Fachhochschule Eberswalde und die Humboldt-Universität einen gemeinsamen Master-Studiengang. Sie

wünschte sich eine stärkere Zusammenarbeit.

Der Hochschulpakt¹⁾ biete Chancen für die Fachhochschulen. Zur positiven Bilanz der Studienanfängerzahlen in Brandenburg trügen die Fachhochschulen den größten Anteil bei. Die Ausweitung des Fächerspektrums wäre ein Weg, die Studentenzahlen an Fachhochschulen zu erhöhen.

Die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten an Hochschulen sei bisher durch die Dumpingpreise der Arbeitsfördermaßnahmen behindert, soll aber weiter ausgebaut werden.

Forschung an Fachhochschulen

Zum Thema Forschung an Fachhochschulen stellte Frau Wanka fest, dass die Brandenburger Fachhochschulen eine gute Bilanz hätten. Insgesamt sei das Drittmittelaufkommen der Fachhoch-

schulen im Vergleich zu den Universitäten zu gering. Von den ca. 2 Milliarden Euro, die die DFG verteilt, bekämen die Fachhochschulen gerade mal einen Anteil im Promillebereich. Forschung benötige nicht nur Drittmittel sondern auch öffentliche Gelder! Doch Geld allein reiche nicht. Hochschullehrer brauchten ein Umfeld, das Forschung unterstützt, wie z. B. Masterstudenten und wissenschaftliche Mitarbeiter, die es in Brandenburg gibt. Promotionen von Fachhochschulabsolventen gestalteten sich immer noch schwierig. Dieser Punkt wurde in der anschließenden Diskussion mehrfach bestätigt. Mehr noch, es wurde auch davon berichtet, dass Universitäten zu hohe Hürden aufbauten, wenn Bachelor-Absolventen von Fachhochschulen ein Masterstudium an der Universität aufnehmen wollen. Frau Wanka empfahl, stärker mit Universitäten und außeruniversitären Forschungsinstituten zu kooperieren, was auch gemeinsame Berufungen bedeuten könne. Sie gab dazu den Fachhochschulen mit auf den Weg, organisierter aufzutreten und stärker politisch zu agieren!



V.l.n.r.: Prof. Dr. Angela Schwenk, Vorsitzende des Hochschullehrerbundes – Landesverband Berlin, Prof. Dr. Johanna Wanka, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Prof. Dr. Friedhelm Mündermann, Vorsitzender des Hochschullehrerbundes – Landesverband Brandenburg

Foto: Norbert Kalus, TFH Berlin

Benachteiligung von Fachhochschul-Absolventen

Prof. Heine, Präsident der FHTW Berlin, stellte heraus, dass sich die Fachhochschulen nicht zu verstecken brauchten, sie hätten gute Lehrkennzahlen, ihre Bachelorstudiengänge seien tatsächlich berufsqualifizierend. Fachhochschulen seien stark, deswegen bauten die Universitäten institutionelle Hürden auf. Zur Überwindung dieser Hürden wären personelle Kontakte wichtig, aber nicht nachhaltig, sie seien notwendig, aber nicht hinreichend. Es brauche neue Strukturen und Anreizsysteme für die Universitäten, die Türen zu öffnen. Frau Wanka bestätigte, dass die formalen Hürden zwar weitgehend gefallen seien, es gäbe aber für die Fachhochschulabsolventen immer noch unfreundliche Verfahren. Ihr Ziel in Brandenburg seien geordnete Wege wie z. B. Promotionskollegs an Fachhochschulen. In den neuen Bundesländern werden demnächst die Studienanfängerzahlen zurückgehen. Da bundesweit nur ca. 13 Prozent der Studierenden mobil sind, prophezeite Frau Wanka, dass die Universitäten bald Nachwuchssorgen haben werden und sich daher öffnen müssten. Darin sah Frau Wanka eine Chance für die Fachhochschulabsolventen und -Absolventinnen.

Lehrprofessuren an Universitäten

Der Wissenschaftsrat hat Anfang 2007 vorgeschlagen, an Universitäten sogenannte Lehrprofessuren einzuführen.²⁾ Da eine Lehre an Hochschulen ausreichende Forschung erfordert, soll das Lehrdeputat dieser Lehrprofessuren höchstens 12 SWS betragen. Frau Wanka überlegt, als Antwort auf diese Lehrprofessuren in Brandenburg Forschungsprofessuren an Fachhochschulen einzuführen. Die Vorsitzende des *h/b* Landesverbandes Berlin, Angela Schwenk, forderte statt eines Zweiklassensystems von FH-Professuren größere Forschungsfreiräume für die Kolleginnen und Kollegen und eine größere Fle-

xibilität für die Hochschulen, diese zu gewähren. Der Pool an Forschungsmöglichkeiten müsste dazu stark angehoben werden. Prof. Thümer, Präsident der TFH Berlin, zeigte sich über den Vorschlag des Wissenschaftsrats sehr beunruhigt. Da die Lehrprofessuren bzgl. des Ansehens und damit auch bzgl. des Gehalts nicht schlechter gestellt sein sollen als die bisherigen Professuren, befürchtet er auch aufgrund der Verlockung von 12 SWS ein Abwandern der Professorinnen und Professoren von Fachhochschulen zur Universität. Diese Gefahr hatte Frau Wanka bisher nicht bedacht.

W-Besoldung: Keinen Wettbewerb nach unten!

Zum Thema W-Besoldung brannten den Kolleginnen und Kollegen zwei Punkte besonders auf den Nägeln. In der Diskussion wurde berichtet, die W-Grundvergütung wirke auf Bewerberinnen und Bewerber abschreckend, die Ost-Besoldung verschärfe zusätzlich die Problematik. Eine weitere Unterscheidung in Ost- und Westbesoldung sei 17 Jahre nach der Wende ein Anachronismus und gehöre endlich abgeschafft! Frau Wanka verwies auf eine Musterklage in Bayern, mit der die Amtsgemessenheit des W-Grundgehalts für Hochschullehrer überprüft werden solle. Das zweite Problem betrifft den Wechsel von der C- in die W-Besoldung. Der Dekan des FB II der TFH Berlin, Prof. Herrmann, führte aus, dass die W-Besoldung von den Politikern eingeführt wurde, weil sie es für das bessere System hielten. Doch dann frage man sich, warum es keinen Anreiz zum Wechsel in die W-Besoldung gäbe. Zurzeit müssten die Leistungszulagen, die im Rahmen des Wechsels gewährt werden und die das Grundgehalt auf das aktuelle C-Gehalt aufstocken, erst einmal befristet werden. Das reize natürlich keinen C-Kollegen zu wechseln. Dabei führe eine unbefristete „Wechselzulage“ zu keinen Mehrausgaben! Der Präsident der TFH pflichtete bei, die Berliner Hochschulen hätten darin das Hemmnis beim Wechsel identifiziert. Die Wechselrate liege unter einem Pro-

zent. Aus der FTHW Berlin wurde sogar berichtet, dass es gar keine Zulagen im Rahmen des Wechsels gäbe. Während in Brandenburg, nach Aussagen von Frau Wanka, in besonderen Fällen Wechsler W3 statt W2 angeboten wird.

Die W-Besoldung wird in diesem Jahr 2007 evaluiert. Man ist gespannt, was dabei herauskommen wird. Ein Kollege der FH Brandenburg wies darauf hin, dass theoretisch, laut Gesetz, das durchschnittliche W-Gehalt mit dem durchschnittlichen C-Gehalt übereinstimmen solle. Er bezweifelte, dass das in der Praxis in den Hochschulen auch so umgesetzt wird. Der Globalhaushalt verführe die Hochschulen, den Besoldungsdurchschnitt als Sparbüchse zu benutzen. Es fehle an Transparenz und es könne nicht überprüft werden, ob der Vergaberahmen auch tatsächlich ausgeschöpft werde.

Mit der Föderalismusreform ist die Beamtenbesoldung in die Zuständigkeit der Bundesländer überführt worden. Die Länder sind nun frei, eigene Regelungen einzuführen. Frau Wanka berichtete, dass die Kultusministerkonferenz bereits die Gefahr eines Wettbewerbs der Länder nach unten sieht, zu dem es aber auf keinen Fall kommen dürfe.

Angela Schwenk,

*Vorsitzende des Landesverbandes Berlin
Friedhelm Mündemann, Vorsitzender
des Landesverbandes Brandenburg*

- 1) Mit dem Hochschulpakt unterstützt die Bundesregierung die Länder bei der Bewältigung des Studentenberges. Die alten Bundesländer erhalten Geld für jeden Studenten, den sie zusätzlich aufnehmen (Basis ist das Jahr 2005), die neuen Ländern erhalten Geld, wenn sie keine Studienkapazitäten abbauen.
- 2) Empfehlungen zu einer lehrorientierten Reform der Personalstruktur an Universitäten, Drs. 7721-07 Berlin vom 26.1.2007, www.wissenschaftsrat.de/texte/7721-07.pdf